

Warum sollten Gemeinden jetzt den Klimaschutz vorantreiben?

Es ist die Aufgabe aller staatlichen Organe, also auch der Ortsgemeinden, unsere Lebensgrundlage zu erhalten. Dazu zählen insbesondere Klima- und Umweltschutz, aber auch die Anpassung an die kommenden klimatischen Herausforderungen. Es ist unsere verfassungsmäßige Verantwortung zukünftigen Generationen einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen.

Sowohl das Klimaschutzgesetz des Bundes, als auch die Landesgesetzgebung gibt ehrgeizige Ziele zur Treibhausgas-Reduzierung vor. Beschlossen werden diese Ziele zwar von Bund und Ländern, die eigentliche Umsetzung muss aber schlussendlich auf kommunaler Ebene erfolgen. Hier werden die THG ausgestoßen und hier kann der Ausstoß auch reguliert werden.

Die Neuerungen im „Osterpaket“ in Bezug auf die Erleichterungen für Bürgerenergiegesellschaften und der finanziellen Beteiligung von Kommunen an Energieprojekten stellen einen guten Anfang, um die Vielfalt an Aktiven in Sachen TGH-Reduktion zu erhöhen.

Zurzeit sind praktisch alle klimaschutzrelevanten Maßnahmen auf kommunaler Ebene freiwillig, d.h. die Städte und Gemeinden entscheiden selber, inwieweit sie sich dem Klimaschutz verschreiben wollen. Zudem hemmen oft rechtliche Unsicherheiten und unklare Zuständigkeiten.

Der aktuelle „Steckbrief der kommunalen Klimaschutzpotentiale“ analysiert diese Unklarheiten gut und Abhilfe ist vorgesehen. Dieser Steckbrief empfiehlt aber auch klar, weitreichende Felder zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen.

Das ist natürlich einerseits erfreulich, weil dann endlich mehr passieren muss, andererseits werden viele Kommunen an die Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen.

Hier empfiehlt es sich aus finanzieller Sicht ganz klar, sich JETZT mit den Möglichkeiten zu mehr Klimaschutz in den Gemeinden auseinanderzusetzen, denn solange die Maßnahmen noch freiwillig sind, können für fast alle Bereiche Förderungen des Bundes in Anspruch genommen werden. Diese Mittel stehen nicht mehr zu Verfügung, sobald eine Maßnahme verpflichtend ist.

Und: Klimaschutz ist Katastrophenvorsorge.

Starkregenereignisse, immer längere Dürreperioden, sinkende Grundwasserspiegel, zu hohe Nitratwerte, sterbende Wälder, der tägliche Verlust von Tierarten, all diese Auswirkungen des sich erwärmenden Klimas und sich verschlechternden Lebensbedingungen können wir direkt vor unserer Haustür beobachten. Mit den Folgen dieser Katastrophen müssen in allererster Linie die Kommunen und die Bürger umgehen.

Je geringer wir als Menschheit die Erderwärmung halten, desto weniger stark werden die Auswirkungen sein, desto besser können wir uns noch an die künftigen Verhältnisse anpassen.

Jede Investition in den Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden, denn die Menschheit wohnt in Gemeinden. Und der Westerwald ist eine lebenswerte Region mit schützenswerter Kulturlandschaft.

Quellenangaben:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutzpotenziale-in-kommunen>

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-erneuerbare-energien-891870>

